

Berg soll glyphosاتفreie Gemeinde werden

In der Gemeinde Berg soll nach Meinung von Bürgermeister Helmut Himmler so bald wie möglich kein Glyphosat mehr ausgebracht werden. Die Chemikalie löse in der Bevölkerung viel berechtigtes Unbehagen aus. Auch eine FORSA-Umfrage belegte in aller Deutlichkeit, dass 83 Prozent der Verbraucher gegen dieses Mittel sind.

Die Bürgerinnen und Bürger – so Himmler - fragen selbstverständlich, wie es die Gemeinde mit der Umwelt und der Verwendung gesundheitsschädigender Substanzen halte. Daher sei das Verbot des Einsatzes von glyphosathaltigen Herbiziden und Neonicotinoid-Insektiziden bei einer Verpachtung kommunaler Flächen eine geradezu zwingende Folge. Dabei geht es um etwa 43 Hektar, welche die Gemeinde an mehrere Landwirte verpachtet hat. Auch der Einsatz von Glyphosat auf allen eigengenutzten Flächen soll konsequent unterbleiben. Darüber hinaus bewirtschaftet die Gemeinde eine Waldfläche von 98,41 ha.

Nach einer erfolgreichen Schadenersatzklage in den USA steht Glyphosat erneut und vehement im Zentrum der Aufmerksamkeit. Es gelte als Verursacher in einer 280 Millionen Dollar schweren Krebsklage in den USA. Von der Weltgesundheitsorganisation WHO und dem Staat Kalifornien ist die umstrittene Chemikalie als krebserregend eingestuft worden.

Es gehe substantiell darum, durch Beschluss des Gemeinderates ein Zeichen zu setzen, dass Glyphosat in der Gemeinde Berg nicht gewollt sei.

Städte und Gemeinden setzen Pestizide häufig ein, um Straßen, Wege sowie Spiel- und Sportplätze frei von Kräutern und Gräsern zu halten. Je nach Standpunkt wird der unerwünschte Bewuchs als "Unkraut", "Wildkraut" oder "Beikraut" bezeichnet. Die Pestizide gelangen dann oft in Gewässer oder belastet die Kläranlage.

Die Gemeinde Berg verwendet keine glyphosathaltigen Pestizide auf solchen Flächen und auf an Landwirte verpachtete Flächen soll dies künftig durch entsprechende vertragliche Regelungen ebenfalls untersagt werden. Der Bürgermeister geht davon aus, dass schon bald die Verwendung von Glyphosat auch auf privaten Flächen vom Gesetzgeber untersagt wird. Erst dann sei Berg eine glyphosاتفreie Gemeinde.

Beim Thema Glyphosat sieht Umweltministerin Schulze derzeit in Berlin rot und ist mehr als verärgert über das erneute Agieren der CDU. Im Streit um die Zulassung eines glyphosathaltigen Unkrautgifts hat Bundesumweltministerin Svenja Schulze

(SPD) der Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) eigenmächtiges Handeln vorgeworfen. „Normalerweise machen wir das gemeinsam, sie hat ohne die Zustimmung meiner Behörden da eine Genehmigung ausgesprochen“, sagte Schulze im Interview der Woche des Deutschlandfunks, das am Sonntag ausgestrahlt werden sollte. „Das geht nicht.“ Im Koalitionsvertrag sei klar geregelt, dass Deutschland aus Glyphosat aussteigen solle.

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), das zum Agrarministerium gehört, hatte im Februar 18 Pflanzenschutzmittel befristet bis Ende 2019 zugelassen. Darunter ist eines, das den umstrittenen Wirkstoff Glyphosat enthält.

Der Berger Gemeinderat wird sich am kommenden Donnerstag mit der Thematik befassen und entscheiden.

